

Wahlprüfsteine des Bundesverbandes der Familienzentren e.V.

I. Qualität in der frühkindlichen Bildung

- 1) Welche Bedeutung haben Familienzentren aus Sicht von DIE LINKE in Bremen? Welche Ansprüche stellen Sie an die Qualität frühkindlicher Bildung? Welche Rolle kommt Ihrer Ansicht nach dabei den Familienzentren zu?**

Kinder- und Familienzentren fördern den Zugang und den Erwerb von Bildung bereits im frühen Kindesalter und sind daher im Sinne der Chancengleichheit ein wichtiger Faktor. Sie sind wohnortnah gelegen, bieten einen niedrighschwelligigen Zugang und sie leisten wichtige Unterstützung für Familien bei der Bewältigung des Alltags. DIE LINKE unterstützt deshalb die Entwicklung und den Ausbau von Kinder- und Familienzentren.

- 2) Welche Angebote frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung sichern Ihrer Meinung nach die Chancengerechtigkeit beim Aufwachsen?**

Es gibt mehrere Faktoren, die derzeit einher gehen mit Chancenungerechtigkeit: Soziale Herkunft, Migrationshintergrund oder Behinderung eines Kindes. Es ist wichtig, dass Kinder in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung nicht nur „unter ihresgleichen“ bleiben, sondern dass die Gruppen und Einrichtungen heterogen sind. Dies führt zum einen zu Lernvorbildern und zum Anderen stärkt es die sozialen Kompetenzen der Kinder. Hier muss über die Stadtentwicklungspolitik mehr getan werden für durchmischte Quartiere. Heterogen besuchte Einrichtungen sorgen zudem dafür, dass es auch Sprachlernvorbilder innerhalb der Gruppe gibt. Die Erfahrung zeigt nämlich, dass die Sprachförderung allein durch Fachkräfte sehr viel schwieriger wird, wenn in der Gruppen selbst kaum deutschsprachige Kinder sind. Der angemessenen personellen und sachlichen Ausstattung der Sprachförderung und Inklusion kommt eine besondere Bedeutung zu. Ausreichendes und qualifiziertes Personal ist das A und O in diesen Bereichen. Zudem erachten wir es für eine nachhaltige frühkindliche Bildung für wichtig, das ganze Familiensystem in den Blick zu nehmen. Elternarbeit rückt immer mehr in den Fokus der pädagogischen Arbeit, hierfür gibt es aber sehr wenig Ressourcen, kaum verfügbare Räumlichkeiten oder dauerhaft geschaffene Anlässe. Da gesellschaftliche Exklusion aufgrund des sozialen Status der Kinder von den Familien abhängt, ist auch ein ganzheitlicher Ansatz der pädagogischen Arbeit wichtig für die zukünftige Chancengerechtigkeit der Kinder. Dies muss noch mehr in den Fokus der kommunalen Kita-Planungen rücken und mit entsprechenden Ressourcen hinterlegt werden.

- 3) Was planen Sie in der kommenden Legislaturperiode, um nach dem quantitativen Ausbau nun auch den qualitativen Ausbau im U3-Bereich zu verbessern? Was hat die DIE LINKE in Bremen in der vergangenen Legislaturperiode bereits umgesetzt?**

Der quantitative Ausbau ist in Bremen längst noch nicht abgeschlossen, es fehlen hunderte Plätze, vor allem in Stadtteilen mit niedrigen Durchschnittseinkommen. DIE LINKE will deshalb das Ausbauprogramm fortschreiben und bis zum Jahr 2025 eine U3-Versorgung von 60% in allen Stadtteilen (als Krippen) erreichen.

*Außerdem will DIE LINKE die Form der Kindertagespflege in Bremen grundsätzlich verändern. Die (schein-)selbstständige Säule der Kindertagespflege soll in eine tarifizierte Säule arbeitnehmerähnlicher Personen überführt werden. Zum anderen soll eine Säule mit angestellter Kindertagespflege entstehen. Für beide Säulen sollen ausreichend kostenlose, berufsbegleitende Fort- und Weiterbildungen zur Verfügung stehen. Ziel ist es dabei, dass alle im Berufsfeld tätigen Personen schrittweise berufsbegleitend das Qualifikationsniveau Erzieher*in erreichen können.*

4) Welche Fachkraft-Kind-Relation streben Sie im U3- und Ü3-Bereich in Bremen an, um Bildungsqualität und die Chancengerechtigkeit im frühkindlichen Bereich zu sichern?

*DIE LINKE tritt für eine bessere Fachkraft-Kind-Relation in allen Altersstufen ein. Vor einigen Jahren wurde die Möglichkeit geschaffen, die Gruppengröße im U3-Bereich auf bis zu zehn Kinder zu erweitern. Mittlerweile ist daraus Standard geworden. Dies wollen wir rückgängig machen und zurück auf acht Kinder pro Gruppe. Bei den Elementargruppen wollen wir die Mindestausstattung auf zwei Erzieher*innen für 20 Kinder festschreiben und uns mittelfristig für kleinere Gruppen von 15 Kindern einsetzen, insbesondere in sozial benachteiligten Stadtgebieten.*

5) Wie stellt sich DIE LINKE die weitere Förderung von Familienzentren vor? Wie soll der Aufbau von Familienzentren (nach der obenstehenden Definition) in Bremen unterstützt und gefördert werden?

In Bremen fallen unter die Definition Kitas als Kinder- und Familienzentren (insbesondere beim städtischen Träger), Häuser der Familie, das Zentrum für Alleinerziehende, Kinderbauernhöfe, Mütterzentren, Bürgerhäuser und Spielhäuser.

In den Häusern der Familie will DIE LINKE die bisherige Personalausstattung (0,5 Stellen) verdreifachen und dieses Angebot in weiteren Stadtteilen anbieten. Auch die Spielhäuser wollen wir personell stärken und auf weitere Stadtteile ausweiten, insbesondere in den benachteiligten Stadtteilen.

*In Kinder- und Familienzentren (Kitas) in diesen Stadtteilen sind gerade 0,5 Sozialpädagog*innenstellen für sozialräumliche Arbeit geschaffen worden. DIE LINKE will darüber hinaus eine verbindliche Zusatzausstattung von einer Stelle pro Gruppe, um den besonderen Sprach- und sonstigen Förderbedarfen gerecht werden zu können.*

6) Wie möchte DIE LINKE in der kommenden Legislaturperiode die Inklusion bzw. Integration im frühkindlichen Bereich in Bremen – auch vor dem Hintergrund der Zuwanderung – weiter vorantreiben? Der Bundesverband für Familienzentren e.V. hält vor allem den Early Excellence Ansatz geeignet, um Inklusion gelingend umzusetzen.

DIE LINKE ist für die Inklusion, denn sie verlangt im Gegensatz zur Integration das gesellschaftliche System so zu gestalten, dass alle Menschen in ihrer Vielfalt und eigenen Ausprägung daran teilnehmen können. Bei Inklusion muss das System für die Menschen passend gemacht werden und nicht die Menschen ans System angepasst werden. Dies erfordert Bereitschaft, Perspektivwechsel, ausreichendes und gut qualifiziertes Personal und nicht zuletzt finanzielle Mittel, um die nötigen Voraussetzungen zu schaffen. Wir befürworten den EEC-Ansatz, da er jedes Kind positiv betrachtet und nicht zuerst bei den Defiziten ansetzt. Aber wir wissen auch, dass EEC auf gute Arbeits- und Raumbedingungen angewiesen ist. Aus diesem Grund fordern wir zusätzliches Personal in den Gruppen, wie bereits unter Antwort 5 ausgeführt. Neubauten von Kitas müssen grundsätzlich so gedacht und geplant werden, dass sie zu Kinder- und Familienzentren ausgebaut werden, um auch Raum für Elternarbeit und lokale Angebote zu schaffen.

II. Strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen

1) Möchte DIE LINKE Einrichtungen, die ein umfassendes und ganzheitliches Angebot für Familien anbieten, zusätzlich fördern?

- a) **Wenn ja, welche personellen oder finanziellen Ressourcen würden DIE LINKE auf Landesebene hierfür zur Verfügung stellen?**

Siehe Antwort I.5).

- b) **Wenn nein, wie möchte DIE LINKE die Familienfreundlichkeit in Bremen fördern?**

2) Bedarfsgerechte Vernetzung mit dem Sozialraum und ein an die Bedürfnisse der Eltern

angepasstes Angebot bedürfen einer fachlichen Koordination und Steuerung. Inwiefern sieht DIE LINKE diese Koordinationsaufgabe bei einer Kindertageseinrichtung/ einem Familienzentrum? Wird bei einer Regierungsbeteiligung dieser Koordinierungsaufwand bei der Landesförderung strukturell oder finanziell berücksichtigt?

Siehe ebenfalls Antwort I.5). Die Ausstattung und Ausrichtung der Kinder und Familienzentren der Kitas unterscheiden sich dabei, bei den unterschiedlichen Kita-Trägern.

- 3) **Können nach Einschätzung von DIE LINKE Familienzentren einen Beitrag zu Armutsprävention leisten? Welche Maßnahmen sollen aus Sicht von DIE LINKE in der nächsten Legislaturperiode ergriffen werden?**

Ja, DIE LINKE meint, dass Kinder- und Familienzentren einen Beitrag zur Armutsprävention leisten können. Deshalb legen wir einen Schwerpunkt darauf, gerade in den sozialbenachteiligten Stadtteilen die personellen Ressourcen für Kinder- und Familienzentren, sowie für die Kita-Gruppen zu verbessern.

III. Vereinbarkeit Familie und Beruf

- 1) **Wie möchte DIE LINKE die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Pflege und Beruf in Bremen weiter verbessern?**

- 2) **Welche Faktoren (Öffnungszeiten, Angebot, Partizipation der Eltern) sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus Sicht von DIE LINKE maßgeblich und wie planen Sie diese in der kommenden Legislaturperiode gezielt zu verbessern?**

- a) **Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen und Betreuungsangebote für Eltern im Schichtdienst:**
- b) **Bedarfsgerechte Angebote in oder im Umfeld der Kindertageseinrichtung (One-Stop-Shop-Prinzip):**
- c) **Partizipation der Eltern – Eltern als Experten für ihre Kinder anerkennen**
- d) **Zusätzliche Faktoren, die aus Sicht von DIE LINKE maßgeblich sind:**

Zu 1 und 2: DIE LINKE unterstützt alle Aktivitäten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen. Besonderen Bedarf sehen wir hier bei Alleinerziehenden, da Bremen eine Hochburg von Ein-Eltern-Familien ist. Alleinerziehende haben einen höheren Bedarf an Unterstützung bei der Kindererziehung und Sorgearbeit. Aus diesem Grund fordern wir, dass Alleinerziehende den Betreuungsumfang bewilligt bekommen, den sie als Bedarf anmelden. Das bedeutet, dass sie einen Vollzeitplatz bekommen können, auch ohne in Vollzeit berufstätig zu sein. Wir wollen zudem, dass bei der Vergabe von Kita-Plätzen, wenn es mehr Anmeldungen als Plätze in einer Kita gibt, „alleinerziehend“ als Kriterium für die Aufnahme eines Kindes berücksichtigt wird. Das ist

*notwendig, weil Ein-Eltern-Familien eben nicht auf ein zweites Elternteil zählen können. Dafür wollen wir das Aufnahmeortsgesetz ändern. Damit Alleinerziehende z.B. einer Erwerbstätigkeit nachgehen können, müssen ausreichend Betreuungsangebote vorhanden sein, die auch in Tagesrandzeiten einer Kinderbetreuung gewährleisten. Wir setzen uns daher für eine Ankereinrichtung pro Stadtteile ein, die bedarfsgerechte Betreuungsplätze speziell für Alleinerziehende und Eltern, die irreguläre Arbeitszeiten haben, anbietet. Für Schichtarbeiter*innen wollen wir außerdem die Kindertagespflege im Haushalt der Sorgeberechtigten so ausgestalten, dass sie bereits ab einem Kind existenzsichernd für die Tagespflegeperson ist und insbesondere alleinerziehendenden Schichtarbeiter*innen damit eine passgenaue Unterstützung gewähren.*

Für Menschen mit Pflegebedarf brauchen wir eine solidarische Pflegevollversicherung und für ihre Angehörigen einen Rechtsanspruch auf eine sechswöchige Pflegezeit zur Organisation einer neuen Pflegesituation.

IV. Gesellschaftliche Teilhabe, Inklusion und Umgang mit Heterogenität in Kinder- und Familienzentren

1) Welche Rolle haben aus Sicht von DIE LINKE in Bremen Kinder- und Familienzentren bei der Integration von Asylbewerbern in Städten und Gemeinden?

Kitas und Familienzentren sind nach unserer Meinung hervorragend geeignet, um Kinder aus Flüchtlingsfamilien frühzeitig zu fördern, ihrem Anspruch auf Teilhabe am Leben der Gleichaltrigen gerecht zu werden und damit die Integration der ganzen Familie zu fördern. Das wollen wir unterstützen. Kitaleitungen und Elternvertretungen können dabei Wege ebnen und sozialräumliche Angebote von Familienzentren und anderen nachbarschaftlichen Angeboten nutzen, auch um gemeinsame Aktivitäten zu organisieren und das Ankommen in unserem Gemeinwesen zu erleichtern.

2) Welchen Beitrag können aus Sicht von DIE LINKE Familienzentren zur Verbesserung von Bildungschancen für Kinder leisten?

Familienzentren leisten aus unserer Sicht einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung von Bildungschancen von Kindern durch frühkindliche Teilhabe an Bildung und Betreuung, aber auch durch eine wichtige Netzwerk- und Beratungsfunktion für Eltern bei der Bewältigung von Alltagssituation oder Erziehungsfragen und damit als wichtiges Element innerhalb kommunaler Präventionsketten.

3) Welche Ansätze sind aus Sicht von DIE LINKE zu beachten, um auch über die Arbeit in Familienzentren die gesellschaftliche Teilhabe von Familien zu verbessern?

Familienzentren können ein zentraler Anlaufort für Eltern werden. Insbesondere Eltern, die die Behördenstrukturen nicht bestens kennen, psychisch oder körperlich belastet sind oder Sprachbarrieren aufweisen benötigen Hilfestellungen, die ein Familienzentrum idealerweise abdecken kann. Das geht jedoch nur mit der entsprechenden Personalausstattung. Das Familienzentrum ist für einige der erste Berührungspunkt mit Institutionen, und es ist wichtig, dass das Familienzentrum erste Hilfestellungen leistet oder durch die sozialräumliche Vernetzung an andere Stellen verweist. Es gibt jedoch auch Eltern, die sind nicht einmal in der Lage, diese Hilfestellung oder Verweisberatung in Anspruch zu nehmen. Für diejenigen, die für Komm-Strukturen nicht zugänglich sind, sollten partiell auch Ansätze von Geh-Strukturen für den Zugang

zur Kita, für flexible Betreuungsmodelle insbesondere für Eltern mit irregulären Arbeitszeiten, Alleinerziehende oder erkrankte Eltern eingebunden werden.

4) Welche Chancen ergeben sich aus Sicht von DIE LINKE aus der Inklusion im frühkindlichen Bereich? Und wie werden diese nachhaltig bewahrt?

Der frühzeitige Besuch einer Kita ermöglicht es, Benachteiligungen präventiv entgegen zu wirken bzw. diese früh zu erkennen und geeignete Fördermaßnahmen in die Wege zu leiten. Für die Kinder verbessern sich durch die inklusive Förderung auch die Chancen zur gleichberechtigten Teilhabe am Leben der Gleichaltrigen und ein bestmöglicher Übergang in die Schule. Mit dem Kitabesuch und der Einbindung der Eltern in sozialräumlichen Strukturen wird auch der Gefahr der Isolation vorgebeugt, gemeinsam kann Hilfe und Unterstützung gefunden werden. Damit das gelingt, brauchen Kitas gut ausgebildetes Personal, eine bessere Personalausstattung, Zeit für die Elternarbeit sowie verlässliche und kompetente Partner im Umfeld. Die Inklusion im frühkindlichen Bereich bietet gute Chancen für die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder und unterstützt die Familien.

5) In England und in Berlin werden Familien, die sich der institutionellen Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern entziehen, von Fachkräften besucht und begleitet. Welche Chancen sieht DIE LINKE in der aufsuchenden Arbeit in den Familien, um die Teilhabe und Partizipation von Familien mit besonderen Bedürfnissen oder Familien mit Fluchthintergrund zu sichern?

Geflüchtete Familien sollten bereits in den Erstaufnahmestellen und Unterkünften über das Recht der Kinder auf frühkindliche Bildung informiert werden und dann auch die Chance erhalten ein entsprechendes Angebot kennenzulernen. Hierfür müssen die Aufnahmeeinrichtungen entsprechende Informationen vermitteln und die Jugendämter so ausgestattet werden, dass sie aufsuchende Angebote auch anbieten können. In der Folge braucht es auch ausreichend Kitaplätze und einen unbürokratischen Zugang dazu. Wir haben aus diesem Grund in Bremen bereits mehrfach die Abschaffung der Bedarfsprüfung gefordert.

6) Inwiefern empfiehlt DIE LINKE die im Rahmen des ESF-Bundesprogramms Elternchancen II vorgesehene Qualifizierung zur Elternbegleiterin bzw. zum Elternbegleiter in Hessen zu nutzen, um die Integration der Flüchtlingsfamilien vor Ort zu unterstützen?

*Die wenigen Elternbegleiter*innen in Bremen und Bremerhaven leisten einen wertvollen Beitrag zur Unterstützung von niedrigschwelligen Integrationsangeboten von Geflüchteten. Eine Qualifizierung ist aus unserer Sicht durchaus zu empfehlen und zu nutzen, es bedarf dann aber auch der Einrichtung und Förderung von Elternbegleiternetzwerken, um notwendige Kommunikations- und Kooperationsstrukturen mit lokalen Akteuren aufzubauen.*

7) Wie möchte DIE LINKE interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen von pädagogischen Fachkräften in Kinder- und Familienzentren und in der Familienbegleitung fördern?

Neben genügend Aus-, Fort- und Weiterbildungen zu interkultureller und interreligiöser Kompetenz für das pädagogische Fachpersonal (und dafür notwendiger Freistellungen), wäre es auch wichtig mehr Fachkräfte mit Migrationshintergrund für die Kinder- und Familienzentren zu gewinnen.

8) Ab wann gilt aus Sicht von DIE LINKE ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz (Ü3) für Flüchtlingskinder? Und ab wann sollte er gelten, um die Bildungschancen der Kinder mit Fluchterfahrung zu fördern?

Für DIE LINKE besteht für jedes Kind ab dem vollendeten 1. Lebensjahr der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Kita oder in der Tagespflege und zwar unabhängig vom Aufenthaltsstatus des Kindes und seiner Familie.

9) Welche weiteren Maßnahmen plant DIE LINKE in der kommenden Legislaturperiode, um die Integration von Flüchtlingsfamilien vor Ort zu fördern?

Basis für die gesellschaftliche Teilhabe ist eigener Wohnraum statt Massenunterkünfte, die häufig mit gesellschaftlicher Isolation einhergehen. Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und die Unterbringung Geflüchteter in Massenunterkünften auf ein Minimum reduzieren. Nach dem Auszug aus Unterkünften halten wir jedoch eine hauptamtliche Begleitung zur Bewältigung von Behördenprozessen und Teilhabefragen für unerlässlich. Wir wollen daher hauptamtliche Begleitstrukturen ausbauen, da die derzeitigen sog. Sprinter-Stellen in Bremen nicht den Bedarf decken. Wir wollen barrierefreie Zugänge in die Bildungsinstitutionen, was bedeutet, dass die Kita- und Schulaufnahmeverfahren verstärkt die Belange papierloser Kinder berücksichtigen müssen. Wir wollen, dass die Bildungsinstitutionen Orte der Begegnung, des gegenseitigen Lernens und des Austauschs sind, dafür braucht es heterogenere Gruppen. Dies wollen wir durch eine bessere Stadtentwicklungspolitik erreichen.

V. Zuständigkeitsübergreifende Kooperationen

Welche Maßnahmen plant DIE LINKE zur Entsäulung der Zuständigkeiten für eine verbesserte Abstimmung der Angebote von Dienstleistern wie Jugendhilfe, Sozialhilfe und dem Gesundheitswesen?

Für eine gelingende Kooperation verschiedener Ressortbereiche und ein Ineinandergreifen unterschiedlicher Angebote sind zum einen strukturelle Veränderungen nötig. Es braucht mehr ressortübergreifende Arbeitsgruppen, die an bestimmten Themen kontinuierlich gemeinsam arbeiten. Allein strukturelle Veränderungen reichen jedoch nicht aus. Es braucht ein gegenseitiges Verständnis für den jeweils unterschiedlichen Auftrag. Uns ist in der Vergangenheit z.B. im Umgang mit unbegleiteten geflüchteten Minderjährigen aufgefallen, dass Teile der Innenpolitik die Jugendhilfe als verlängerten ordnungspolitischen Arm begriffen. Das geht am Auftrag der Jugendhilfe vorbei, konterkariert ihn gar. Wie dieses Beispiel verdeutlicht, ist daher an vielen Stellen nicht nur prozessorientierte Zusammenarbeit, sondern die Entwicklung bzw. Stärkung

e
i
n
e
s

g
e
g
e
n
s
e
i
t
i
g
e
n

V
e